Geschäftsbericht 2019

1. Sozialpolitische Schwerpunkte, Vernehmlassungen und Anhörungen

Die Mitglieder des Vorstandes der Städteinitiative Sozialpolitik engagierten sich im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband in den folgenden Dossiers:

- Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative: Zustimmung, aber als Minimallösung taxiert.
- Schutzstatus S, Anpassungen: Die Vorlage wird als integrationspolitischer Rückschritt gesehen.
- Vernehmlassung zur EL-Verordnung
- Vernehmlassung Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter: Die Absicht des Bundes wird begrüsst, die Frühe Förderung in den Kantonen stärker zu unterstützen. Der vorgeschlagene Finanzbetrag ist jedoch gering und eine Konkurrenz zu den (ebenfalls geringen) Beiträgen für die ausserschulische Jugendarbeit ist zu vermeiden.
- Asylpolitik: Die Städteinitiative unterstützt die Verstetigung der Resettlementprogramme des Bundes und die Neustrukturierung des Asylverfahrens.
- Integrationsagenda: Verschiedene Mitglieder der Städteinitiative sind in Arbeitsgruppen zur Umsetzung der Integrationsagenda involviert.
- Vernehmlassung Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose und Massnahmen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials: Die Städteinitiative Sozialpolitik begrüsste die Vorschläge, weist jedoch auf die restriktive Ausgestaltung der Überbrückungsleistung hin. Eine wesentliche Entlastung der Sozialhilfe erwarten die Städte nicht.

Die «Charta Sozialhilfe» wurde im März 2019 von der SODK, der SKOS, dem SSV und Städteinitiative Sozialpolitik sowie dem Schweiz. Rotes Kreuz und der Schweiz. Gemeinnützige Gesellschaft lanciert. Die Charta Sozialhilfe setzt sich für eine faire Sozialhilfe zum Nutzen aller ein. Die Städteinitiative publizierte in Zusammenarbeit mit der SKOS die Broschüre «Sozialhilfe kurz erklärt».

Ein weiterer Schwerpunkt war die Förderung von Grundkompetenzen und beruflicher Qualifizierung von Sozialhilfebeziehenden. An der Frühlingskonferenz setzten sich die Mitglieder inhaltlich mit dem Thema auseinander. Die Motion «Arbeit dank Bildung» von Kurt Fluri fordert ein finanzielles Engagement des Bundes im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

In verschiedenen Städten war die Situation von Sans Papiers ein Thema, so wurde z.B. eine CityCard, eine Art städtisches «Ausweispapier», gefordert. Für ein solches Projekt bestehen u.a. rechtliche Schwierigkeiten; auch könnten sich Betroffene in einer «falschen» Sicherheit wiegen.

Städteinitiative Sozialpolitik
c/o Stadt Winterthur, Departement Soziales
Pionierstrasse 7, 8403 Winterthur
Telefon +41 52 267 59 57, info@staedteinitiative.ch
www.staedteinitiative.ch

2. Vorstand

Am 31. Dezember 2019 setzte sich der Vorstand aus den folgenden Stadträtinnen und Stadträten zusammen:

- Nicolas Galladé, Winterthur, Präsident, SP, seit 2010
- Oscar Tosato, Lausanne, Vizepräsident, SP, seit 2011
- Raphael Golta, Zürich, SP, seit 2014
- Martin Merki, Luzern, FDP, seit 2012
- Sonja Lüthi, GLP, St. Gallen, seit 2018
- Franziska Teuscher, Bern, Grüne, seit 2013
- Antoinette de Weck, Freiburg, FDP, seit 2013

2019 fanden drei Vorstandssitzungen und eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes mit dem Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte statt.

3. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle verantwortete die Planung und Kommunikation der Geschäfte, Konferenzen und Mitgliederversammlungen sowie die Erarbeitung von Positionspapieren und Vernehmlassungen. Als Geschäftsführerin amtet Katharina Rüegg, Winterthur.

4. Arbeitsgruppe und Ausschuss Leitende Angestellte

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte (AG LA) trafen sich zu drei Sitzungen, die dem Erfahrungsaustausch und der Diskussion aktueller Fachthemen gewidmet waren.

Völlig unerwartet verstarb am 23. September 2019 Stefan Liembd. Er war Vorsitzender der Leitenden Angestellten und Leiter der Sozialen Dienste Luzern. Stefan Liembd hatte die Städteinitiative Sozialpolitik in mehreren Gremien vertreten und hinterlässt eine schmerzliche Lücke. Hildegard Hochstrasser, Baden, und Beat Schmocker, Schaffhausen stellten sich als Co-Präsidium zur Verfügung.

5. 20 Jahre Kennzahlenbericht Sozialhilfe in den Städten

2019 konnte das Jubiläum «20 Jahre Kennzahlen» gefeiert werden. Seit zwanzig Jahren vergleichen Schweizer Städte ihre Kennzahlen der Sozialhilfeund konnten so Trends früh erkennen und Innovationen in den städtischen Sozialdiensten umsetzen, zum Beispiel in der Fallaufnahme oder mit Programmen für spezifische Risikogruppen. Im Jubiläumsjahr erschien ergänzend zum regulären Kennzahlenbericht 2018 die Publikation: «Sozialhilfe im Kontext des Strukturwandels – 20 Jahre Kennzahlenvergleich in Schweizer Städte». In der Langzeitbetrachtung zeigte sich, dass das Sozialhilferisiko bereits für Personen ab 46 Jahren und für jene ohne Berufsabschluss deutlich zugenommen hat.

2018 wiesen die 14 am Kennzahlenbericht Sozialhilfe beteiligten Städte (Basel, Bern, Biel, Chur, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Schlieren, Uster, Wädenswil, Winterthur, Zug und Zürich) stabile oder sinkende Sozialhilfequoten aus.

Mit einer stimmungsvollen Feier in Basel wurde das Jubiläumsjahr am 13. Dezember abgeschlossen.

Das Bundesamt für Statistik startete 2019 die Modernisierung der Schweizerischen Sozialhilfestatistik. Vertretungen der Städteinitiative Sozialpolitik wurden ins Steuerungsgremium und zu Expertenrunden eingeladen. Die Ziele der Modernisierung – so die Entlastung der Erhebungsstellen, die Reduktion des Fragekatalogs und eine erhöhte Aktualität – werden von der Städteinitiative grundsätzlich unterstützt.

6. Netzwerk Romandie

Das Netzwerk (Koordination: Christine Winkler) trug mit Kontakten und Organisationsunterstützung wesentlich zur Herbstkonferenz in Morges bei. Die Konferenzen ermöglichen den wichtigen fachlichen und persönlichen Austausch zwischen den Mitgliedern der Städteinitiative Sozialpolitik aus den verschiedenen Sprachregionen. 2019 fand keine Sitzung des Netzwerks Romandie statt.

Dafür beteiligten sich 9 Städte (Genf, Lausanne, Biel, La Chaux-de-Fonds, Fribourg, Sion, Neuchâtel, Yverdon-les-Bains und Morges) am Pilotprojekt «Kennzahlen Sozialhilfe in Städten der Romandie». Beat Schmocker initiierte und begleitete das Pilotprojekt, Frédéric Richter, Neuenburg, übernahm den Vorsitz der Projektgruppe. Die beteiligten Städte erhielten ihre BFS-Sozialhilfedaten, plausibilisierten und diskutierten sie. Das weitere Vorgehen wird 2020 diskutiert.

7. Konferenzen

Die Frühlingskonferenz vom 7. Juni 2019 fand in Luzern zum Thema «Sozialhilfe adieu - dank Bildung?» statt. Die Konferenz befasste sich mit erfolgversprechenden Bildungsmassnahmen, deren Realisierung und Finanzierung. Prof. Jean-Michel Bonvin aus Genf plädierte für einen Vorrang der Schwächsten und für individualisierte Ansätze in den Bildungsangeboten.

Eine gemeinsame Konferenz mit der Städteinitiative Bildung zur Politik der frühen Kindheit fand am 13. September 2019 in Winterthur statt; sie wurde von der Jacobs Foundation unterstützt. Für das Einführungsreferat konnten Vertreter der Schweizerischen Unesco-Kommission, für die Workshops zahlreiche Fachleute aus Mitgliederstädten gewonnen werden. Die Versammlung verabschiedete die Resolution «Städte für eine Politik der frühen Kindheit», die im Tagungsbericht nachzulesen ist.

An der Herbstkonferenz vom 22. November 2019 in Morges befasste sich die Städteinitiative Sozialpolitik mit «Freiwilliges Engagement und die Verantwortung der Städte». Rund 50 Prozent der Menschen über 15 Jahren in der Schweiz ist freiwillig tätig, jedoch mit rückläufiger Tendenz. Nun sind neue Strategien für freiwilliges Engagement zu entwickeln, welche die gegenwärtigen Herausforderungen – wie Digitalisierung, Individualisierung, Bedeutung der Care-Arbeit – meistern können.

8. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien

Die Städteinitiative Sozialpolitik ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Zusammenarbeit ist sehr eng, namentlich in Kontakten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung.

Aufgrund der Zusammenarbeit mit weiteren (sozial-)politischen Organisationen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik ihre Kernanliegen auf Bundesebene wirkungsvoll vertreten. In den folgenden Verbänden und Gremien hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz:

- Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (Vorstand)
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit (Steuerungsgremium, Entwicklungs- und Koordinationsgremium)
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
- Nationaler Dialog Sozialpolitik
- Armutsprogramm des Bundes

Eine gute Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik auch mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Arbeitgeberverband. Reger Austausch besteht auch mit dem Netzwerk Altersfreundliche Städte und der Städteinitiative Bildung.

9. Mitgliederbestand 2019

Total Mitglieder per 31.12.2019:	57
Total Eintritte:	0
Total Austritte:	1 (Peseux)

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Städteinitiative Sozialpolitik
Nicolas Galladé Präsident
Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

Winterthur, 20. März 2020